



KW 45

Woche der Entscheidungen

In der kommenden Woche wird sich einiges entscheiden, mit Auswirkungen auf die nächsten, mindestens vier Jahre. Bleiben wir zuerst im Inland. Für wie dämlich hält uns eigentlich **Christian Lindner**? Er verfasst ein 18-seitiges Papier, in dem er alles in Frage stellt, worauf sich SPD und Grüne längst verständigt haben, vom Tariftreue- und Lieferkettengesetz bis zu den Klimazielen. Und als Sahnehäubchen für die FDP-Klientel, fordert Lindner die komplette Abschaffung des Soli. Das Papier sollte Grundlage für interne Gespräche mit den Koalitionspartnern sein. Und nun wundert sich Herr Lindner, dass es an die Öffentlichkeit gelangt ist.

Wenn sich drei Politiker, das war auch in Bonn schon so, zu einem vertraulichen Gespräch treffen, steht das Ergebnis am nächsten Tag im **SPiegel**. Nichts bleibt geheim und vertraulich. Ob in einer Datei auf dem Computer abgelegt oder auf Papier gedruckt, alles findet seinen Weg an die Öffentlichkeit. Die Empörung von Lindner ist geradezu lächerlich. Die Medien sind rücksichtslos. Was sie in die Hände bekommen, pusten sie raus, denn es geht um einen wesentlichen Satz, in diesem Falle: **„Zuerst hatte der stern darüber berichtet.“** Für diese Erwähnung würden die Medien alles tun. Meistens wird **Bild** genannt, diesmal hatte der **stern** die Nase vorn.

Es ist schwer, vertrauliche Gespräche zu führen. In einigen wenigen Fällen funktioniert es, nämlich bei so genannten Hintergrundgesprächen. Es kommt allerdings auf die Brisanz des Themas an. Besonders unschön ist es, wenn irgendein Hinterbänkler irgendeine unausgegorene private Überlegung äußert, die möglichst konträr zur Parteilinie steht. **Fritze Brause**, Abgeordneter der ABC-Partei, fordert Tempo 30 auf allen Autobahnen. Und schon berichten die Medien: **„Die ABC-Partei fordert...“**, obwohl es nur die Meinung eines Einzelnen ist. Dieses Thema wieder einzuholen, ist schwer. Es steht im Raum und selbst nach dem Durchlüften ist es nicht wegzukriegen.

Welche Auswirkungen der Klimawandel hat, zeigt sich in dramatischer Weis im Südosten Spaniens. **„Es hilft dem Klimaschutz nicht“**, schreibt **Christian Lindner** in seinem Papier, **„wenn Deutschland als vermeintlicher globaler Vorreiter möglichst schnell und folglich mit vermeidbaren wirtschaftlichen Schäden und politischen Verwerfungen versucht, seine Volkswirtschaft klimaneutral aufzustellen.“** Das Geld

für entsprechende Maßnahmen kann also eingespart werden.



Foto: Ed Koch

Eigentlich kann der Mittellandkanal, der ruhig und friedlich in Wolfsburg am VW-Werk vorbeifließt, nicht überlaufen. Das haben wir auch von anderen Wasserstraßen geglaubt. Wenn aber doch? Dann würde die Diskussion über Werksschließungen bei VW in den Fluten versinken.

Die Ampel ist am Ende, dazu bedurfte es das Lindner-Papier nicht. Aber wie die Sache beenden? Würde sich die FDP von SPD und Grünen trennen, blieben 324 Mandate übrig, 43 weniger als die Hälfte aller Abgeordneten. Das hieße Minderheitsregierung, was keine Lösung sein dürfte. Auch wenn sich die FDP der Union anschliesse, brächten beide nur 287 Stimmen auf die Waage, 80 weniger als die Hälfte von 733 Gesamtmandaten.

SPD 207 – CDU/CSU 196 – Grüne 117 – FDP 91 – AfD 76 – Linke 28 – BSW 10 – Fraktionslose 8. Gesamt 733 – Mehrheit 367.

Natürlich bestünde die Möglichkeit, dem Bundeskanzler das Misstrauen auszusprechen. Würden aber Union und FDP mit der AfD, Linken und dem BSW gemeinsam dafür stimmen, um dieses Ziel zu erreichen? Wohl kaum. **„Ein Misstrauensvotum enthebt denjenigen, gegen den es gerichtet ist, seines Amtes. Wenn es nicht mit der gleichzeitigen Benennung eines Nachfolgers verbunden ist, wird es als destruktives Misstrauensvotum bezeichnet. Bei einem konstruktiven Misstrauensvotum wird hingegen gleichzeitig ein neuer Kandidat gewählt.“** Diese Überlegungen braucht man erst gar nicht anzustellen, weil alle Rechenbeispiele immer erfordern würden, dass man gemeinsam mit der AfD abstimmen müsste. Den Bundestag auflösen kann dieser nicht selbst, son-



dern nur der Bundespräsident. Das kann er aber auch nicht einfach so tun, erforderlich wäre auch hier ein Misstrauensvotum. Wenn **Olaf Scholz** stur bliebe, wovon auszugehen ist, passiert gar nichts. Den Vorgang um das Misstrauensvotum gegen **Gerhard Schröder** 2005 kann nicht als Blaupause verwendet werden. Damals „stellten SPD und Grünen mit einer hinreichend großen Zahl von Enthaltungen sicher, dass die Vertrauensfrage nicht positiv beantwortet wurde.“ Damals gab es die AfD noch nicht im Bundestag. Wie vorzeitige Neuwahlen zustande kommen sollen, weiß ich nicht. Aber vielleicht findet jemand einen Verfassungstrick, der diese Schlagzeile verhindert: „Scholz mit Stimmen von CDU, CSU, FDP, AfD, Linken und BSW abgewählt.“

Können Sie sich vorstellen, dass SPD-Generalsekretär **Matthias Miersch** nach den nächsten Wahlen in Berlin an den Koalitionsverhandlungen seiner Partei teilnimmt? Das würden sich die Parteichefs **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel** nicht gefallen lassen. Beim BSW in Thüringen sieht das anders. Bundes-Generalsekretär **Christian Leye** als Abgesandter von **Sahra Wagenknecht** mischt fleißig mit. „Klar ist für uns, dass wir als Partei zusammenstehen.“, sagte Leye nach einem Treffen, an dem er teilnahm. Ein ausgehandelter Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und BSW sollte „in außenpolitischen, aber auch in landespolitischen Fragen klarer die Handschrift des BSW tragen.“ „Wenn ein solcher Koalitionsvertrag dann vorliege, legen wir uns gemeinsam die Karten und werden gemeinsam als Partei entscheiden, welchen Weg es geht“, so Leye.

„Das Thüringer BSW hatte sich mit der CDU und SPD auf einen Formel-Kompromiss in der Präambel verständigt, in dem die Unterschiede der Parteien im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine deutlich wurden. **Sahra Wagenknecht** selbst hatte das Thüringer Kompromisspapier als Fehler bezeichnet.“ (MDR) Wagenknecht erhebt die Koalitionsverhandlungen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg auf die Ebene der Außenpolitik, die den Bundesländern nicht zusteht. Sie allein, angetrieben von **Oskar Lafontaine**, entscheidet letztlich, welche Koalitionen zustande kommen. Die Frage darf erlaubt sein, ob Wagenknecht überhaupt Koalitionen will oder ihr ein unregierbares Chaos bis zur nächsten Bundestagswahl mehr nützt. Es ist ein unsägliches Zustand, dass diese Person mit der Macht ausgestattet wurde, der Demokratie zu schaden, im Gewande eines russischen Friedensengels mit einem Diplomaten-Sticker auf der Brust.

Eine Wahl, die die Welt verändern kann

Nach Lage der Dinge, könnte es sein, dass wir am Morgen des 6. November noch nicht wissen, wer die Präsidentschaftswahl in den USA gewonnen hat. Wenn es knapp wird, wie befürchtet, könnten Auszählungen wiederholt werden müssen, was Tage und Wochen dauern kann und letztlich einen Gerichtsscheid bräuchte, siehe Wahl im Jahr 2000 **Al Gore** (49,5% aller Stimmen, aber nur 48,4% der Wählerleute) vs. **George W. Bush** (47,9% aller Stimmen, jedoch 50,4% der Wählerleute).

Die Gefahr, dass **Donald Trump** gewinnt, ist groß. In der Geschichte der USA gab es keinen Präsidenten, der so viel Dreck am Stecken hat wie er, nicht einmal **Richard Nixon**. Es bleibt nicht nachvollziehbar, wie man so einen Menschen wählen kann, der lügt, wenn er den Mund aufmacht. Schlimmer noch, dieser Mann ist dumm wie drei Meter Torfboden. Schauen Sie sich bitte einen Geschichtsunterricht an, den das NDR Satiremagazin **extra3** hervorragend dokumentiert hat. „Geschi mit Donni“, die ersten sieben Minuten der Sendung:

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/rueckschau/extra-3-vom-31102024,extradreisendung478.html

Kamala Harris bleibt leider hinter einem Hype, wie er bei **Barack Obama** spürbar war, zurück. Es gliche einem Wunder, wenn sie gewönne.

Das Schicksal der Ukraine wäre im Falle einer Wahl **Trump**s besiegelt. Es käme zu einem Diktatfrieden. Sicher vor weiterer Landnahme könnte die Ukraine nie wieder sein. Der Westen verweigert der Ukraine Waffen, mit denen sie die Abschussrampen der Raketen auf russischem Boden zerstören könnte, was völkerrechtlich erlaubt ist. Der Westen wird die Ukraine opfern, weil seine Bevölkerung zunehmend keine Lust mehr hat, Milliarden in den Krieg zu pumpen, während nicht nur in Deutschland die Wirtschaft vor die Hunde geht und man in Berlin darüber diskutiert, wie die Dozenten an den Musikschulen bezahlt werden können.

Das Bild allerdings, das Russland zeigt, ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten. Allein schafft es Putin nicht mehr den Krieg zu führen, er muss sich Soldaten aus Nordkorea holen, um den Fleischwolf an der Front zu füttern. Es ist längst mal wieder an der Zeit, dass irgendwer eine Arche baut und eine Flut diese kaputte Welt unter sich begräbt. Wo sind die Asteroiden, wenn man sie braucht?

Zum Schluss der trüben Aussichten noch einen Beitrag des **rbb**, bei dem es einem übel wird.



Beschmiert, zerkratzt, zerstört: Die gezielte antisemitische Sachbeschädigung an Gedenkorten in Berlin hat im ersten Halbjahr 2024 deutlich zugenommen.

Im ersten Halbjahr 2024 wurden mehr jüdische Gedenkstätten in Berlin beschmiert oder zerstört als im ganzen Jahr 2023. Das geht aus Zahlen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) hervor, die dem rbb exklusiv vorliegen. Für das erste Halbjahr 2024 wurden 21 Vorfälle von gezielter Sachbeschädigung an Gedenkorten gemeldet, im gesamten Vorjahr waren es 18 gemeldete Fälle. Hier zeigt sich eine deutliche Zunahme gezielter antisemitisch motivierter Sachbeschädigung.

„Schmierereien an Orten des Gedenkens, das Beschädigen von Mahnmalen und das Unkenntlichmachen von Stolpersteinen und damit auch das unkenntlich machen der Namen derjenigen, an die wir gedenken wollen, das sind alles Formen, die wir regelmäßig und in hoher Kontinuität immer wieder dokumentieren und erfassen“, sagt **Julia Kopp** von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus.

1.270 Fälle innerhalb eines Jahres

Besonders auffällig: Zwölf der Vorfälle 2023 ereigneten sich nach dem 7. Oktober - nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel. „Der 7. Oktober war grundsätzlich eine Zäsur sowohl für den Antisemitismus, aber auch für Jüdinnen und Juden in Berlin und weltweit. Infolgedessen kam es zu einer stärkeren Instrumentalisierung und Vereinnahmung solcher Gedenkzeichen“, erklärt Kopp. Dennoch sei diese Form der Vereinnahmung nicht neu, auch im Zuge der Corona-Pandemie sei beispielsweise der sogenannte Judenstern instrumentalisiert worden, um sich als „ungeimpft“ zu kennzeichnen, sagt Kopp.

Rias Berlin geht eigenen Angaben zufolge davon aus, dass die Zahlen antisemitisch motivierter Sachbeschädigung an Gedenkorten im Laufe dieses Jahres noch weiter steigen werden. Ein Grund: Besonders an Gedenktagen wie dem 9. November, dem Jahrestag der Novemberpogrome 1938, häufen sich laut der Informationsstelle die Taten.

Auf Nachfrage bei der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Berlin heißt es: „Die Institutionen übernehmen regelmäßig selbst vor Ort die Einschätzung der Gefährdungslage (...) und schalten gegebenenfalls die Polizei/das Landeskriminalamt ein. (...) Das LKA hat bei diversen Gedenkstätten (...) zusammen mit den jeweiligen Institutionen Sicherheitskonzepte erarbeitet und abgestimmt.“ Diese Konzepte seien in der Regel vertrau-

lich. Auch Stolpersteine sind häufig Ziel antisemitisch motivierter Sachbeschädigung: Die Steine werden laut Rias Berlin gestohlen, zerkratzt, mit Hundekot beschmiert oder mit rohen Eiern beworfen. An Gedenktagen kommt es vor, dass Blumen und Kerzen, die neben den Stolpersteinen aufgestellt werden, umgeworfen oder zertreten werden.

Unter den bisher in diesem Jahr bei Rias gemeldeten gezielten Sachbeschädigungen von Gedenkorten, sind sechs Beschädigungen von Stolpersteinen. 2023 wurden in zehn Fällen Stolpersteine gezielt beschädigt, neun dieser Beschädigungen ereigneten sich nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und rund um den 9. November.

Die Täter zu ermitteln, sei schwierig. Anders sieht das bei den Tatmotiven aus: Häufig kommen die Täter und Täterinnen aus einem rechtsradikalen Spektrum - allerdings: „Seit dem 7. Oktober nehmen wir Schmierereien an Gedenkorten auch stärker aus dem Milieu des sogenannten antiisraelischen Aktivismus wahr. Das sind Schmierereien mit Parolen, die aus einem linken Spektrum kommen oder eben aus palästinensischen Gruppierungen“, erklärt Julia Kopp von Rias Berlin.

Neben Schmierereien an Denkmälern mit Schriftzügen wie „Free Gaza“ oder „Free Palestine“ wird Israel von pro-palästinensischen Gruppen häufig vorgeworfen, einen Genozid im Gazastreifen zu begehen. „In dem Moment, in dem ich Juden und Jüdinnen mit NS-Täterinnen und Tätern vergleiche - gegen die es als völlig legitim gilt, Widerstand zu leisten oder sogar Gewalt anzuwenden - in dem Moment legitimiere ich auch die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden“, sagt Kopp.

Das ist die Welt, in der wir leben. Man muss sich schon anstrengen, nicht in eine Herbstdepression zu verfallen. Dass Weihnachten vor der Tür steht, sieht man in jedem Lebensmittelgeschäft, wo einem die Dominosteine, Lebkuchen und Christstollen den Blick auf Obst und Gemüse verstellen.

Weihnachtsfeiern stehen an. Der St.-Martins-Tag am 11. November gilt in vielen Restaurants als Startschuss für das Gänseessen. Hunderttausende mussten schon ihr Leben lassen und warten jetzt darauf, mit Rot- oder Grünkohl, dicken Klößen und fetter Soße verzehrt zu werden. So schlimm das klingt, es ist eines der wenigen Dinge, die einem noch ein wenig Freude bereiten können, auch wenn es schwerfällt. Kommen Sie gut durch die KW 45.

Ed Koch